

Keynote von Dr. Matthias Quent beim Großen Konvent der Schader-Stiftung

6. November 2020

Herzlichen Dank für die Einladung und die freundlichen Botschaften im Prolog, die ich sehr motivierend fand. Angesichts des Erstarkens und der Radikalisierung der AfD; im Angesicht rechtsradikaler Netzwerke in der Polizei, von rechtem und islamistischen Terror und neuerdings auch von Anschlägen sogenannter Coronaleugner äußert sich häufig kopfschüttelndes Unverständnis: Manchmal als Ausdruck, dass der Versuch, die andren zu verstehen gescheitert ist, manchmal als moralisches Werturteil.

Ein Urteil über andere zu treffen, ist leicht. Das ist auch nicht per se falsch. „Verstehen“ im Sinne Max Webers heißt: Man muss nicht Cäsar sein, um Cäsar zu verstehen. Dieses soziologische Verstehen ist etwas anderes, als die absolute Toleranz, als umfassendes Verständnis für andere zu haben oder sich empathisch in andere hinein zu fühlen Gerade aus erfolgreichen Sinnrekonstruktionen und Deutungen kann sich eine aufgeklärte, begründete und damit auch erklärbare Verurteilung ableiten, etwa des Rechtsradikalismus oder des damit verwandten radikalen Islamismus. Wichtig ist dabei stets, Urteile zu begründen und nicht mit kantigen Pauschalisierungen à la „Jeder Extremist ist Mist“ zu stigmatisieren, ohne zu kritisieren.

Wenn wir „Das Erleben der Anderen“ wörtlich nehmen, dann sprechen wir auch über gesellschaftliche Verhältnisse, über die Realität des Seins, welche durch das subjektive Bewusstsein nicht ausschließlich bestimmt, aber doch entscheidend geprägt werden. Wir sprechen also auch über das Verhältnis der vielen Subsinnwelten zum gemeinsamen Kitt, den man vielleicht im weiteren Sinne als „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ bezeichnen kann, oder - etwas macht- und konfliktorientierter - auch als „Hegemonie“. Der französische Soziologe Luc Boltanski hat das Verhältnis der offiziellen Realität zu den Alltagswirklichkeiten der Menschen gemessen und ist dabei auch auf Verschwörungsideologien und den Extremismusbegriff eingegangen. Boltanski beschreibt, wie Realität durch festgelegte Formate stabilisiert und von Institutionen getragen wird. Diese Formate bilden eine Semantik, die besagen soll, was es mit dem, was ist, auf sich hat. Sie legen Qualifikationen fest und bestimmen das Verhältnis, das zwischen Ereignissen und Prüfungen der Realität vermittelt und einen Sinn herstellt, der akzeptiert werden muss. Seit Ende des 19. Jahrhunderts haben demnach das Projekt der modernen Staatlichkeit und der Rückgriff auf Wissenschaft und das Erziehungssystem Verfahren ausgebildet, um den Abstand zwischen gelebten subjektiven Wirklichkeiten, zwischen Subjektivitäten und den objektiven Dispositiven, die ihm als Rahmen dienen, zu verringern. Der Staat dient als Garant, sowohl für den objektiven Rahmen als auch für die Freiheit der Subjektivitäten. Mit seinen Sprecher*innen, Journalist*innen, Expert*innen, Wissenschaftler*innen, Richter*innen und Professor*innen füllt er Institutionen auch mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die in letzter Instanz für die Realität garantieren.

Die erkenntnisgestützte Ausdehnung der Möglichkeiten und Spielarten der offiziellen Realität kann als Zumutung empfunden werden, wenn vermeintliche Klarheiten - etwa die - der Zweigeschlechtlichkeit - oder Riten und Gewohnheiten - etwa im Lebensstil im Kontext der ökologischen Transformation - in Frage gestellt werden. Dies kann zu Backlash-Effekten und dazu führen, dass der Raum der offiziellen Realität insgesamt in Frage gestellt oder seine Legitimität gänzlich negiert wird. Das kennen wir in Form von Desinformationskampagnen, Fake News, Verschwörungstheorien, alternativen Fakten und so weiter. Häufig involviert sind an dieser Stelle Populist*innen, Fanatiker*innen oder Verschwörungsideolog*innen, die vor allem von einem Nihilismus, einer prinzipiellen Gegnerschaft und einer Verweigerung der offiziellen Realität und ihrer Institutionen angetrieben zu sein scheinen. Gemeinsam mit der Tendenz zum antisemitisch strukturierten Denken alternativer Welterklärung findet sich der kleinste gemeinsame Nenner zum Beispiel zwischen Nazis, Hooligans und esoterischen Heilpraktiker*innen, aber auch zwischen Polizist*innen und Professor*innen, die gemeinsam gegen die behauptete Corona-Diktatur protestieren wie morgen wieder in Leipzig. Diese Fallbeispiele sind natürlich nicht repräsentativ. Sie sollen nur die Vielfalt des Spektrums illustrieren.

Unsere pluralistische Realität ist veränderlich. Sie ist fragil. Ihre Institutionen sind unvollkommen und widersprüchlich. Zwischen Verfassungsnorm und Verfassungsrealität passen - etwa beim Diskriminierungsschutz - nicht nur Blätter, sondern ganze Wälder. Im dauerhaften Prozess der Demokratisierung erleben wir, wie diese Wälder dünner werden und dadurch Rückzugsorte und Verstecke jener verschwinden, die von der Distanz zwischen Anspruch und Realität profitiert haben. Die autoritären Nativist*innen, Populist*innen, Patriarch*innen, Rassist*innen und Plutokrat*innen formieren weltweit autoritäre Rückschlagsrevolten. Anschläge, Ereignisse oder Krisen wie die Corona-Pandemie bilden und offenbaren Schwachstellen der Realität. Sie widersprechen den Erwartungen und Mustern. Sie eröffnen erweiterte Denk- und Möglichkeitsräume. Man kann die politische Redewendung von der alten und der neuen Normalität - also vor und mit der Pandemie - so verstehen: Eine neue, offizielle, von Wissenschaftler*innen, Medien und Politiker*innen kommunizierte Realität nimmt extremen Einfluss auf unser aller alltägliche Wirklichkeit. Das muss natürlich erklärt und gerechtfertigt werden. Durch Aufklärung, durch Transparenz, durch Begriffe wie den der Solidarität. Und diese Rechtfertigung ist umso nötiger, je weiter die offiziellen Verlautbarungen von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt sind. Denn die Alltagswelt der Pandemie ist voller Widersprüche. Denken Sie an die unterschiedlichen Regelungen in Bundesländern. Denken Sie einerseits an den völlig überfüllten öffentlichen Nahverkehr, andererseits an die Schließung der Gastronomie mit ihren sehr weitgehenden Sicherheits- und Hygienekonzepten.

Für viele von uns ist der Virus im Alltag sehr weit weg, sie fühlen sich persönlich wenig bedroht. Insofern erweist sich die institutionelle und politisch-kulturelle Realität in der Krise doch insgesamt als sehr robust und machtvoll. Für die harten Leugner*innen jedoch ist alles Offizielle und Reale schlicht Propaganda und belegt statt widerlegt die Degeneriertheit und Korruptheit des Establishments. Es kann daher nicht überraschen, dass vor allem

Anhänger*innen alternativer politischer Realitäten sich den Corona-Präventionsmaßnahmen verweigern. Vieles aus den jetzigen Protesten kennen wir schon, etwa den Lügenpresse-Vorwurf. Dahinter steckt auch die Kritik, dass nicht alle subjektiven Wirklichkeiten öffentlich vertreten werden, sondern vor allem die offiziellen, objektiven, wissenschaftlich feststellbaren Realitäten, durch die oppositionelle Wirklichkeiten im Faktencheck widerlegt werden. Wir kennen die Vergleiche mit dem SED-Regime und seiner, wie Wilhelm Heitmeyer es einst nannte, „Zwei-Welten-Realität“, in der das Offizielle und das Öffentliche auf der einen Seite und das Alltägliche und Private auf der anderen Seite weitgehend voneinander abgespalten waren. Wir kennen den Hass auf Politiker*innen, auf Medienmachende, auf Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, aus dem auch immer spricht: „Das ist nicht meine Realität“. In der Klimakrise formiert sich die Gegenauflklärung strukturell ähnlich. Auch jetzt können wir für künftige Auseinandersetzungen vieles lernen. In Krisen wird deutlich, dass - in den Worten Boltanskis - die Realität faktisch weniger robust ist als sie auf den ersten Blick erscheint und dass diejenigen, die für die Aufrechterhaltung dieses Zustandes zuständig sind, es die Naiven glauben lassen möchten. Eine andere Welt ist möglich, sagen Utopisten. Eine andere Welt ist nötig, sagen Realisten. Die Welt wird immer schlechter und wir müssen den Niedergang jetzt mit radikalen Mitteln stoppen und die frühere Größe und Kohärenz wiederherstellen, sagen Kulturpessimisten.

Für Boltanski, aber auch für Pierre Bourdieu sind Soziolog*innen und Gesellschaftskritiker*innen letztendlich auch so etwas wie Verschwörungstheoretiker, insofern sie es als Aufgabe der Disziplin sehen, Unsichtbares sichtbar zu machen, also die offizielle Realität in Frage zu stellen und eine andere, sehr viel realere, aber geheim gehaltene Realität zu enthüllen. Es ist keine Verschwörungstheorie, dass wir Soziolog*innen sogar die besseren Verschwörungstheoretiker*innen sind als diejenigen, die gemeinhin als solche bezeichnet werden. Denn unsere Theorien über Realitäten, Wirklichkeiten und Unsichtbarkeiten, die die offizielle Realität verschleiern, lassen sich im Gegensatz zu den Ideologien der Aluhutträger*innen, Klimawandel- und Corona-Leugner*innen, der QAnon und so weiter, falsifizieren oder verifizieren. Verschwörungstheorien sind also keine Theorien, sondern Ideologien. Nun ist es vielleicht für das Aufrechterhalten der offiziellen Realität, nicht aber für das Verstehen des Erlebens nihilistischer Bewegungen hilfreich, ihre Repräsentant*innen als „Covidioten“ zu bezeichnen. Diese Akteur*innen demonstrieren nicht nur für ihre Meinung. Sie greifen mittlerweile auch Menschen an, die sich an die Regeln halten oder beruflich auf deren Einhaltung achten müssen. Die ersten Bomben von Corona-Leugner*innen, die Angriffe von Verschwörungsideolog*innen auf die Berliner Museumsinsel und die sich aufgrund der allgemein angespannten Lage in den kommenden dunklen Monaten wohl noch weiter verrohende Stimmung sind besorgniserregend. Gelassenheit und Zuversicht sind gefragt, um mit möglichst geringem Schaden durch diesen Winter zu kommen.

Verschwörungsideologien bis hin zur besonders extremen QAnon-Bewegung sind auch digitale Popkulturphänomene. Sie radikalisieren Bilder, Erzählungen, Memes und Einflüsse aus der virtuellen und auch aus der traditionellen Kultur in den gleichen Figurationen, die wir auch aus Dystopien, aus der Science-Fiction, aus

Spionageromanen und aus dem „Tatort“ kennen. Diese finden wir aber eben auch mörderischen Verschwörungslegenden der Vergangenheit, wie der „Protokolle der Weisen von Zion“ wieder. Das Muster ist meist gleich, es gibt nur drei Gruppen: erstens die naiven und blinden Personen - das sind heute die Schlagschafe -, zweitens die Verräter*innen in Politik, Medien und Wissenschaft und drittens die wenigen Personen, die die tatsächliche Bedrohung erkannt zu haben meinen und die zum Kampf bereit sind. Wir haben es hier also auch mit Anteilen eines Reenactments zu tun, in dem fiktive Elemente aus Filmen wie „Matrix“ oder Büchern wie „1984“ als Alternative zur offiziellen Realität fungieren. Gleich wie Boltanski schrieb, glaubt niemand mehr blind, was die zuständigen Expert*innen behaupten und jeder kann aus dem Internet gefischte Gegenbeispiele oder Gegenansichten anführen. Das kann für die eigentliche Wahrheit und die wahre Demokratie von Nachteil sein. Alle glauben an alles Mögliche, aber niemand glaubt mehr an irgendetwas. Das ist die Rückkehr des Nihilismus.

Richten wir nun noch den Blick auf die im positiven wie negativen Sinne träge, das heißt nur mäßig politische, oft angerufene schweigende Mehrheit, die des Rückgrat der offiziellen Realität mit all ihren großen unbeantworteten Fragen bildet, etwa hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel, aber auch ihrer demokratischen Integrations- und Innovationsfähigkeit. In der New York Times wird dieser Tage -noch vor der US-Wahl - ein Artikel der Politikwissenschaftler*innen Yanna Krupnikov und John Barry Ryan zu lesen sein. Ihre These: Die wahre Kluft in Amerika besteht zwischen politischen Junkies - die jetzt ständig die Wahlergebnisse aktualisieren - und allen anderen, der großen Mehrheit. Die meisten Amerikaner*innen, so ihre These, betrachten Politik in Form von zwei Lagern, die endlos und fruchtlos über unwichtige Themen streiten. Die Autor*innen stellen fest: Die meisten Amerikaner*innen, zwischen 80 und 85 Prozent, folgen der Politik nur beiläufig oder gar nicht. Nur 15 bis 20 Prozent verfolgen sie aufmerksam. Verstärkt wird dies, so die Kernthese, durch die starke Polarisierung in sozialen Netzwerken. Durch sie entfernen sich die Realitäten der stark in politische Diskussionen involvierten Minderheit aus beiden Lagern zunehmend von der Mehrheit. Zum Beispiel glaubten sowohl Demokrat*innen als auch Republikaner*innen, die die Politik nicht genau verfolgen, dass niedrige Stundenlöhne eines der wichtigsten Probleme des Landes sind. Aber von harten Partisan*innen wird dieses Problem kaum wahrgenommen. Man streitet stattdessen über Trumps Tweets. Mit anderen Worten: die Politprofis verhandeln eine offizielle Realität, die immer weniger mit der Realität der Alltagsmenschen zu tun hat. Fast 45 Prozent der Menschen in den USA, die sich stark engagieren, geben demnach an, dass sie ihre Ansichten häufig, in einigen Fällen täglich, über soziale Medien mitteilen. Bei Menschen ohne politische Gewohnheiten sind es aber nur 11 Prozent. Eine andere Studie des PEW Instituts zeigt zudem, dass in den USA 10 Prozent der Twitter-Nutzer*innen für 97 Prozent aller Tweets über Politik verantwortlich sind. Das heißt, über die sozialen Netzwerke gewinnen engagierte Minderheiten jeder Richtung eine herausgehobene Position, die nicht bevölkerungsrepräsentativ, aber durch ihre Öffentlichkeit enorm wirkmächtig ist. Offizielle Realität und Alltagswirklichkeiten werden nicht nur vielfältiger und immer schnellerem Wandel unterzogen, sondern sie entfernen sich durch Online-Polarisation voneinander. Donald Trump hat es perfekt verstanden, dies auszunutzen und

sich als Präsident zu zeigen, der so schonungslos, kalt, marktradikal, rassistisch, sexistisch und rabiat ist wie der Alltag vieler Amerikaner*innen.

Kommen wir für den letzten Punkt zurück nach Deutschland. Unter anderem aufgrund des politischen, medialen und sozialen Systems ist die Polarisierung hier noch nicht so weit fortgeschritten wie in den USA. Es lässt sich ein vergleichsweise kleines rechtsradikales Milieu ohne realistische Machtopion auf Bundesebene relativ klar von der liberalen demokratischen Mehrheit, die selbstverständlich nicht homogen ist, unterscheiden. Ähnliches gilt für diejenigen, die Verständnis für die Corona-Maßnahmen haben und die Minderheit, die dagegen demonstriert. Die Pandemie schafft zumindest bisher eine neue gemeinsame Realität. Dies kann sich ändern, wenn sich Verteilungskonflikte verschärfen, wenn nicht mehr so viel mit „finanziellem Wumms“, wie Olaf Scholz sagte, abgefedert werden kann und wenn die soziale und ökonomische Rechnung des jetzigen Kraftaktes in der Zukunft beglichen werden muss.

Wir sollten diese Zeit also nutzen, um in der Vielfalt der Subjektivitäten neue Gemeinsamkeiten für unsere geteilte Realität zu finden, um unsere gemeinsame Realität zu finden. Etwas, das wir alle gemeinsam haben, ist unsere Körperlichkeit. Gesund und unversehrt wollen alle sein, jetzt und in der Zukunft. Dies ist in der Pandemie bedroht. Meine Hoffnung und mein Appell ist daher: Wenn es Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gelungen sein wird, uns und die anderen, die wir alle auch sind, gemeinsam durch die Pandemie zu bringen, dann besteht die Chance, dass dadurch Vertrauen und eine neue gemeinsame, vielleicht globale „Deep Story“ und daraus ein gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen kann, mit dem wir auch durch Klima-, Armut-, Wohnungsmarkt- und Rassismuskrisen kommen. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Und ich finde, die heutige Veranstaltung bietet dafür ein hervorragendes Forum. Vielen Dank dafür.